

Dem Osten drohen mehr Anflüge

Kurzfristig das heutige Flugregime, längerfristig eine Konzentration der Anflüge auf der Ostpiste 28: Das ist das Ergebnis der 2. SIL-Runde. Nun fordert der Flughafen Pistenverlängerungen.

BERN – Freudiges Gesicht bei Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer (SVP) nach der gestrigen Gesprächsrunde zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL). Sie hat sich durchgesetzt mit dem (bisher geheimen) Zürcher Antrag für das SIL-Objektblatt zum Flughafen. Mit von der Partie waren neben Zürich das federführende Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl), die Kantone Aargau und Schaffhausen sowie Unique. Angehört wurden die Kantone Thurgau, St. Gallen, Schwyz und Zug. Es war das 2. SIL-Koordinationsgespräch, nachdem das Bazl im Dezember 2006 die 19 technisch machbaren An- und Abflugkonzepte vorgestellt hatte und sich die Beteiligten in der Zwischenzeit Gedanken über ihre Lieblingskonzepte gemacht hatten.

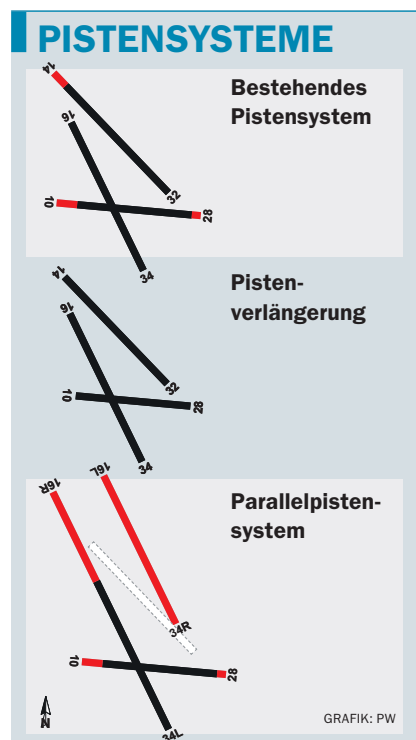
Seit Dezember hat die Zürcher Regierung offenbar den Fächer der Möglichkeiten geöffnet. Denn damals wollte sie nur Varianten ohne Pistenverlängerungen weiterverfolgen. Die Zürcher Position war schliesslich aber folgende: Kurzfristig solle das heutige An- und Abflugsystem (Variante E, siehe Box) optimiert und mit Elementen der nordlastigen Varianten A und B (Gekröpfter) angereichert werden. Die Optimierungen müssten mit Deutschland abgestimmt werden, sagte Fuhrer vor den Medien. Längerfristig will sie die Option mit Pistenbauten (Grafik) offen halten. Sie lehnt zwar eine reine Ostausrichtung des Flughafens und koordinierte Landungen von Norden und Osten ab, will aber das Nordkonzept mit wesentlichen Teilen des Ostkonzepts anreichern (J). Zwei Vorbehalte nannte die Flughafenministerin: Kantonsrat und Zürihervolk müssten zu Pistenbauten Ja sagen, und mit Deutschland müsse dereinst eine verbindliche, langfristige tragbare Regelung vereinbart werden. Fuhrer begründete die Variantenwahl mit der Vernehmlassung an der Konsultativen Konferenz der Bezirke sowie dem Info-Forum mit Behörden- und Bürgerorganisationen (Ausgaben vom 5., 7. und 9. Juni), die Kehrtwende bezüglich Ausbauten mit den Gesprächen mit Deutschland. Damit deutete sie an, dass sie so den

nördlichen Nachbarn auch etwas anzubieten hat. Die Raumsicherung für eine weitere Langfristvariante – Parallelpisten – lehnt der Regierungsrat ab.

Das Bazl hat die Forderungen Zürichs aufgenommen und will die Variante E (plus A und B) genauso wei-

terverfolgen wie die Variante J. Diese soll aber mit den Varianten H, I und K vermischt werden, sagte Bazl-Direktor Raymond Cron, der damit klar machte, dass der Bund Gefallen findet an einer forcierten Ostausrichtung des Flughafens. Auch will Cron die Par-

allepisten nicht ganz abschreiben. Es würden zwar keine entsprechenden Varianten weiterverfolgt, doch sei eine allfällige raumplanerische Sicherung zu prüfen. Und: Der Bund wird allenfalls noch mehr Varianten als die genannten vertieft prüfen, falls das die



Horrorvorstellung für den Flughafen-Osten: Massiv mehr Anflüge auf die Piste 28. Bild: mad

«Das ist ein Kniefall vor der Flughafenlobby»

Das gestrige Koordinationsgespräch löst in den Ostgemeinden des Kantons Zürich grosse Empörung aus. Der Winterthurer Stadtrat **Michael Künzle** ist «befremdet» darüber, wie die Kantonsregierung ihre Richtung geändert hat. «Im Dezember 2006 betonte der Regierungsrat noch, dass die Nordausrichtung Vorrang habe. Von Pisten ausbau war keine Rede mehr. Nun müssen wir feststellen, dass er von dieser Position abgewichen ist. Der gekröpte Nordanflug ist offensichtlich auch kein Thema mehr.» Ein Pisten ausbau in Richtung Osten würde laut Künzle eine Belastung mit sich bringen, die man nicht tragen wolle und auch nicht müsse.



Für **Ralph Weidenmann**, Kopräsident des Bürgerprotestes Ost, sind die Verhandlungen ganz klar ein «Kniefall vor der Flughafenlob-

by». Im Dezember habe man sich endlich geeinigt, in welche Richtung man gehen wolle, und nun, mit dem Umschwenken, sei wieder alles offen. Dass die Regierung ihre Position ändert, hat er jedoch erwartet. «Wir haben Massnahmen geplant, die wir am Donnerstag vorstellen werden.»

Auch bei der Bürgerinitiative Für Präsident **Kurt Klose** handelt die Zürcher Regierung ganz klar «realitätsfremd». Dies, weil die Nordausrichtung «garantiert nicht kommen wird». Er versteht nicht, weshalb das «beste aller Systeme», die Lärmverteilung mit Zeitfenstern, gar nicht mehr zur Debatte



steht. «Das liegt an der bürgerlichen Mehrheit. Denen ist der Süden wichtiger als der Osten.»

Die **Grünen des Kantons Zürich** bedauern die gestrigen Ergebnisse ebenfalls und betonen gleichzeitig, dass die Konsultative Konferenz, welche die Positionsänderung angeregt hatte, demokratisch gar nicht legitimiert sei. «Damit wird es am Kantonsrat liegen, sich im Teilrichtplan Verkehr gegen Pistenveränderungen auszusprechen», schreiben sie in ihrer Mitteilung. Die **CVP** sieht in der Kehrtwende ein «riskantes Manöver» und hätte es «sehr begrüsst, wenn die Regierung bei ihrem Wahlentscheid geblieben wäre».

Der **Dachverband Fluglärmschutz (DVFS)** wiederum spürt nach dem Richtungswechsel Aufwind für seine Initiative. «Spätestens jetzt muss jedem klar geworden sein, dass nur noch die Annahme der Flughafeninitiative die Lebensqualität im Raum Zürich retten kann.» (mfr)

DIE VERBLEIBENDEN BETRIEBSVARIANTEN

A: BETRIEB 2000: Das herkömmliche lärmgünstigste Nordkonzept vor den Einschränkungen durch Deutschland. Landungen von Norden, Starts nach Westen und Süden.

B: NORD GEKRÖPFT: Wie Variante A. Berücksichtigt die deutsche Verordnung (DVO). Während DVO-Sperrzeiten gekröpfter Nordanflug, bei schlechter Sicht Südanflüge. Während der Nachtstunde kommt das Nacht-Ostkonzept zum Einsatz.

E: VBR: Nach vorläufigem Betriebsreglement (vBR). Während DVO-Sperrzeiten Südanflüge am Vormittag, Ostanflüge am Abend. Sonst Nordanflüge sowie Starts nach Westen und Süden.

H: OST: Ostanflug, mit Pistenverlängerung. Starts nach Norden. Wenn Ostanflug wetterbedingt unmöglich, dann Nordanflug.

I: OST DVO: Wie Variante H, berücksichtigt aber die DVO, die über die ganze Betriebszeit keine Abflüge in den deutschen Luftraum gestattet. Südanflug, wenn Ostanflug wetterbedingt unmöglich.

J: KOMBI NORD/OST: Ebenfalls mit Pistenverlängerung. Wechselt zwischen Nord- und Ostkonzepten. Ziel: Landungen und Starts der lärmintensiven Interkontinentalflugzeuge von und nach Norden.

K. KOMBI NORD/OST ERGÄNZT: Mit Starts nach Süden geradeaus, links und rechts: Entspricht Variante J, erhöht aber in der Phase des Nordkonzeptes die Startkapazität durch den Einsatz des Starts nach Süden geradeaus, links und rechts. (ldb)

vertiefte Analyse gebiete, kündigte Cron an. Von den Kantonen unterstützten der Aargau sowie Schwyz und Zug die Zürcher Forderungen, Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen lehnten Pistenverlängerungen ab. Alle ausser Zürich wollten die Option Parallelpisten aber offen halten.

Zufrieden reagierte Unique-Verwaltungspräsident **Andreas Schmid**, weil Pistenbauten wieder auf dem Tapet sind. «Die Zeit drängt», sagte er, da die Kapazitätsgrenze des heutigen Pisten systems in 10 Jahren erreicht sei und sicher 15 Jahre vergingen, bis die Pisten verlängert seien. Konkrete Pläne habe er nicht. Schmid behielt sich aber vor, bald Vorschläge zu machen.

Die 3. SIL-Runde findet im Dezember statt. Danach soll der Variantenentscheid fallen und das Mitwirkungsverfahren (Gemeinden, Bevölkerung) gestartet werden. Auch der Zürcher Richtplan muss dann revidiert werden.

IPASCAL UNTERNÄHRER

INKÜRZE

Brand statt Einweihung

ZÜRICH – Im Neubau des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins ist es gestern morgen zu einem Brand gekommen. Dabei wurden vier Personen verletzt. Nach einer zweijährigen Umbauzeit sollte der Bau eigentlich den Medien vorgestellt werden.

Kanton verschenkt Kirchen

ZÜRICH – Der Kanton Zürich schenkt acht Pfarrhäuser, sieben Kirchen und einen Kirchturm den jeweiligen Kirchgemeinden. Einzig das Grossmünster sowie die Klosterkirchen Kappel und Rheinau bleiben Kantonseigentum.

Theater will Probleme lösen

ZÜRICH – Der Verwaltungsrat des Zürcher Schauspielhauses will die offenen personellen und strukturellen Probleme lösen. Dafür sollen alle Strukturen und Abläufe überprüft werden. Die kaufmännische Leitung wird vorerst nicht neu besetzt.

Hausbesetzer sind gezügelt

ZÜRICH – Die Besetzer der kantonalen Liegenschaft an der Stampfenbachstrasse haben ein neues Haus bezogen. Kurz vor der Räumung um Mitternacht besetzten sie ein ungenutztes Haus an der Culmannstrasse. (sda)



ZÜRICH IM AUSNAHMEZUSTAND

Um punkt 17 Uhr setzte sich gestern das Riesenrad vor dem Fraumünster in Bewegung. Die Veranstalter erwarten für das Züri-Fäscht 2007 über zwei Millionen Besucher. Bild: key

Bonussystem für Sozialhilfebezüger

ZÜRICH – Mit einem fünfseitigen Positionspapier hat der Zürcher Stadtrat gestern auf die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle in der Sozialhilfe reagiert. Die Rolle der Sozialbehörde müsse überprüft, die Sanktionsmöglichkeiten ausgebaut werden, heisst es darin. Die im kantonalen Sozialhilfegesetz vorgesehene Form der Sozialbehörde erachtet der Stadtrat als «kompliziert und nicht mehr zeitgemäss». Rollen und Aufgaben müssten deshalb überprüft werden. Die gegenwärtige Diskussion über eine Behördenreform sei zu begrüssen.

Im von Monika Stocker geleiteten Sozialdepartement seien verschiedene Massnahmen in Planung, die man rasch umsetzen wolle. So sollen Sozialdepartement und Sozialzentren mit griffigeren Instrumenten Missbrauch oder mangelnde Leistungsbereitschaft von Sozialhilfebezüger sanktionieren. Andererseits will man bessere Möglichkeiten schaffen, Sozialhilfeempfänger zu belohnen, die teilweise erwerbstätig sind. Ihnen sollen Boni gewährt werden, während jene, die keine Eigenleistungen erbringen, mit Abzügen rechnen müssten. Zur besseren Information wird zudem eine neue Kommunikationsstelle geschaffen. (sda)